

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung
Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mart bei freier Zustellung durch Posten
Postbezug für Monat Mai 2,00 Goldmark für die Tages- und Wochenblätter monatlich 6 Nr. 15. Kreuzbandnummern: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark.
Einzelnnummer 15 G. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Abbestellung (ohne Rückporto) werden weder rückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts
Nr. 123 Sonntag, 25. Mai 1924 XXXII. Jahrg

Italien gegen alle militärischen Sanktionen

Guter Wille auf beiden Seiten notwendig

Die italienische Ansicht über das Reparationsproblem

WTB. Rom, 24. Mai. (Durch Funkdruck.) Die Entente-Regierungen sind sich, wie hier in unterrichteten Kreisen erklärt wird, einig über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Formel zu finden, um die Lösung des Reparationsproblems zu beschleunigen. Dies legt jedoch voraus, daß auch auf deutscher Seite die Bereitschaft besteht, die Verhandlungen der Alliierten zu unterstützen, und letztere voranzutreiben, bis die deutsche Regierung den letzten Willen tut, alles zu tun, damit die Alliierten bei der Festlegung der Summe, sowie der Art ihrer Zahlung auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen. Die Sanktionen, von denen letzten gesprochen worden ist, sind nach Ansicht der italienischen Regierung selbstverständlich lediglich Sanktionen wirtschaftlicher Natur, keine militärischen. Sie müßten ferner erst nach ihrer Prüfung durch sämtliche beteiligten Regierungen in Kraft treten.

genüß auch mit dem sozialistischen Abg. Rouvier, der mit ihm auf derselben Liste gewählt worden ist. Nach dem „Matin“ hat Volcaire den Abg. Derriot über die mit den Alliierten eingeleiteten Verhandlungen, was namentlich hinsichtlich des Sachverständigenprogramms unterrichtet. Der Abgeordnete soll nach dem gleichen Blatt mit dem Senatpräsidenten die Finanzlage diskutiert haben, jedoch habe man sich dann dahin verständigt, daß die zukünftige Regierung unter allen Umständen den Ausgleich des Budgets erzielen müßte, ohne die erforderlichen Mittel durch Anleihen anzubringen. Der Senatpräsident habe besonders auf diesen Punkt hingewiesen, da die Kammer dieser Frage weitgehende Bedeutung beilege. Derriot und Doumergue hätten auch die Frage besprochen, welche Mitglieder des Senats in die neuabgebildete Regierung eintreten sollten.

Derriot tritt wieder hervor

WTB. Paris, 24. Mai. (Durch Funkdruck.) Der sozialistische Abgeordnete Rouvier hat gestern in den Verhandlungen der Kammer angekündigt, daß er vom früheren Ministerpräsidenten Gallaux den Auftrag erhalten habe, ein Strafverfahren gegen die „Libertés“ einzuleiten, die in einem Artikel erklärt habe, Gallaux leide an einer unheilbaren Krankheit.

Callaux tritt wieder hervor

WTB. Paris, 24. Mai. (Durch Funkdruck.) Der sozialistische Abgeordnete Rouvier hat gestern in den Verhandlungen der Kammer angekündigt, daß er vom früheren Ministerpräsidenten Gallaux den Auftrag erhalten habe, ein Strafverfahren gegen die „Libertés“ einzuleiten, die in einem Artikel erklärt habe, Gallaux leide an einer unheilbaren Krankheit.

Hinter verschlossenen Türen

Fortsetzung der Aussprache zwischen Deutschnationalen und Mittelparteien — Nochmals der Gedanke einer Kandidatur Bülow

Berlin, 24. Mai. (Eigener Textbericht.) Die Teilnehmer an den gestrigen Besprechungen über die Regierungsbildung haben sich selbst, die es wenigstens die Vertraulichkeit zu wahren. Das ist, wenn man überhaupt zu einem positiven Ergebnis kommen will, ein durchaus selbstverständliches Bedingnis. Man weiß also über die Verhandlungen von gestern nur das Nennenswerte: daß man, unter Beilegung der Persönlichkeiten, lediglich über die tatsächlichen Probleme diskutiert hat, daß dieser Unterhaltung die Richtlinien der Mittelparteien zugrunde lagen, auf deren Berücksichtigung aber entgegen den Absichten von gestern man vorläufig wieder verzichtet hat, und daß die Aussprache mit einer kurzen Pause von 9 bis 10 Uhr dauerte und heute früh fortgesetzt wird. Aus der Dauer der Erörterungen und dem Inhalt, der heute nochmals aufzunehmen, wird man immerhin schließen dürfen, daß gewisse Vorarbeiten sind, lediglich doch zusammenzufassen.

Setzungsanfer gebot hat und wohl auch jetzt noch denkt, falls alle Schritte reifen sollten, könnte ja nur ein provisorischer Charakter. Mit ihr lassen sich vielleicht — vielleicht! — die Sachverständigenaufsätze und die Gesetze, die sie erforderlich machen, durchdrücken, hinterher läßt sich eine Umbildung der Regierung sich doch nicht umgehen.

Natürlich werden gerade bei diesem ersten Zusammenhören die Meinungen sehr auseinander gerückt sein. Aber die „Zeit“ berichtet doch: Bei allen beteiligten Parteien sei das Bestreben unverkennbar, zu einer Einigung zu kommen und eine gemeinsame Lösung zu finden. Dasselbe Wort steht dem Stand der Dinge so unabweisbar gegenüber, daß die Realisten von Lösung und Scheitern hielten gegenwärtig wohl die Waage. Doch diese Waage nicht eine Kanakelwaage, die die Lösung kann, scheint uns selbstverständlich und die Kanakelwaage Bülow, von der erwartungsvoll hersehende Beobachter heute mitten in den Gängen des Reichstages hinstellen, war wohl überhaupt nur mögliches Bedingnis.

Tirpitz und Bülow

Zwei Namen tauchten bloß bei den Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Mittelparteien über die Bildung der künftigen Reichsregierung auf. Zunächst der des Großadmirals v. Tirpitz, der offiziell von der Deutschnationalen Partei als Reichskanzler vorgeschlagen wurde, und seit gestern wieder, nachdem Tirpitz auf scheinbar unüberwindlichen Widerstand gestoßen war, der des früheren Bülow, den geschäftige Zungen bereits unmittelbar nach den Wahlen als künftigen Reichskanzler empfahlen. Ueber die Umöglichkeit beider Kandidaturen wurde an dieser Stelle bereits mehrfach das Nennenswerte gesagt. Wenn wir beide ablehnen, so veranlaßt uns an dieser Stelle eine natürliche Neugier, nicht die Tatsache, daß sie von rechts stehenden Kreisen präsentiert werden. Weder Tirpitz noch Bülow sind irgendwelche extreme Naturen, auch keine Parteipolitiker im eigentlichen Sinne des Wortes. Bülow hat früher oft genug gegen die alte konservative Partei kämpfen müssen, und der Großadmiral v. Tirpitz hat in seinen Erinnerungen die denkwürdigen Beschuldigungen gegen das System der wilhelminischen Epoche erhoben, wäre also parteipolitisch als „weiter links“ zu klassifizieren. Aber nicht die parteipolitische Nuance lehnen wir ab — sondern die Männer. Entscheidend sind uns die Taten. Beide hatten Gelegenheiten, Taten auf hervorragendem Posten zu tun. Beide haben verfaßt. Die Geschichte hat ihr Urteil über sie gefällt. Sie gehören einer Generation an, die heute endgültig abgetan ist. Für Bülow feierte vor kurzem seinen 70. Geburtstag. Tirpitz hat die 75 bereits überschritten. Nur in Deutschland könnte man auf den Gedanken kommen, Männer einer vergangenen Epoche in einer vom Grunde aus veränderten Welt, die ganz neue Aufgaben stellt und ganz unvermeidlich andre und höhere Anforderungen stellt, auch nur als Führer in Vorkämpfer zu bringen. In England regiert Macdonald, in Frankreich sieht sich Derriot an, das Steuer zu ergreifen, Italien wird von Mussolini in ganz neue Bahnen gelenkt — alles Männer von heute, den Blick in die Zukunft gerichtet —, und Deutschland will sich von Gespenstern der Vergangenheit führen lassen, Deutschland allein will den Blick zurück richten, während alle andern Völker vorwärts schauen?

Holland gegen die Kandidatur Tirpitz

× Haag, 22. Mai. Zu den Nachrichten über die Besprechungen zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien und den Berliner Meldungen über die von den Deutschnationalen aufgestellte Kandidatur

Die Regierungsbildung

Von Bürgermeister Dr. Kütz, M. d. R.

Im alten Reichstag konnte man zuletzt häufig wahrnehmen, daß einzelne Parlamentarier von Auf und ab sich ganz politische Parteien das gerade Linige Denken verleiht hatten; sie dachten und handelten in Kurven und Spiralen, und zuletzt fand sich der ganze Reichstag aus den Irrgängen nicht mehr heraus, in die er sich verrannt hatte. Es scheint fast so, als hätten beim neuen Reichstag die Parteien und manche sogenannte politische Führer schon vor dessen Zusammentritt das Denken in gerader Linie verloren. Anders kann man sich die Behandlung der Frage der Regierungsbildung nur schwer erklären. Es ist erstaunlich, mit welchem Raffinement sich einzelne Kreise bemühen, diese an sich sehr klar liegende Frage so kompliziert zu machen, daß der bevorstehende Zusammentritt des Reichstages läßt es demjenigen geboten erscheinen, noch einmal alles verwirrende Beiwert beiseite zu schieben und sich die gegebene Situation frei von allen parteipolitischen Nebenbedingen zu vergegenwärtigen.

nationalen stellen sich nun erneut für besagt, die Initiative zur Neubildung der Reichsregierung an ergreifen, und laden Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei zu einer Besprechung ein. Daß sie dabei die Demokraten ausschließen wollten, war nicht etwa eine der auf dieser Seite so häufig zu verzeichnenden tatsächlichen Ungeschicklichkeiten und unschicklichen Taktlosigkeiten, sondern war der in plumper Form unternommene Versuch, die drei Regierungsparteien und damit die Regierung selbst auseinander zu wandern. Erfolgreicherweise wurde das Gegenteil erreicht. Zentrum und Volkspartei drangen auf Einmütigkeit der Demokraten und legten ihren Verhandlungen mit den Deutschnationalen gemeinsame programmatische Festlegungen zugrunde. So lag trotz der Extraktur der Deutschen Volkspartei das Schwerkraft der Entwicklung zunächst wieder bei den Regierungsparteien der Mitte.

Die jetzige Reichsregierung hat in der zwischen dem neuen Reichstag liegenden parlamentarischen Zeit noch innen und außen erklärt, daß sie die Sachverständigenaufsätze als anerkannte Grundlage an einer erträglichen Auseinandersetzung mit unseren Gegnern von gestern betrachtet und zur Mitarbeit auf dieser Grundlage bereit sei. Der Anknüpfungspunkt für unsere ganze Politik liegt in dieser Auseinandersetzung. Daran ergibt sich als folgerichtiges Nebenprodukt die Reichsregierung, teils ausstellen, ob sie bei dieser ihrer grundsätzlichen Einstellung zu der Lebensfrage des deutschen Volkes die Mehrheit des neuen Reichstages hinter sich hat. Daß dies tatsächlich der Fall ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Reichstagsmajorität haben feindlich gegen das Ergebnis geseht, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit keine solche Verhandlungen wolle.

Vermutlich wird sich die Situation aber bis zum Zusammentritt des Reichstages noch mehrfach verändern und verändern. Denn die Regierungsparteien behandeln auch die Personenfragen in den Besprechungen auf der Bildhöhe der Reichstagsmajorität auf der Bildhöhe der Reichstagsmajorität, der von sich selber vor kurzem das Bekenntnis abgab, daß er kein Wirken für das öffentliche Leben im allgemeinen als abgelehnt betrachte. Im übrigen würde es ja auch nicht Sache des Herrn Dergt, sondern Sache des Reichstages zu sein, die Persönlichkeit des Reichskanzlers zu bestimmen. Allen solchen Nachsichten gegenüber muß einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden: der größte Teil des deutschen Volkes hat es satt, die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Regierung und über die Lebensfragen der deutschen Nation in parteipolitischen Verhandlungen verzettelt zu sehen.

Die an sich klare Sachlage ist zunächst durch die Deutschnationalen getrübt worden insofern, als sie die Reichsregierung zum Rücktritt aufrief. In diesem Schritt der Deutschnationalen lag eine maßlose Ueberhebung und völlige Verkennung der politischen und parlamentarischen Realverhältnisse. Wenn in Frankreich Herr Derriot den Ministerrat der gegenwärtigen Regierung verlassen würde, so hätte das dem Reichstag nicht nur die Mehrheit der Reichstagsmajorität verloren, sondern auch die Mehrheit der Reichstagsmajorität verloren, und die Reichsregierung nicht sich im Reichstag auslösen nicht von vornherein einer ihr feindlichen Mehrheit gegenüber. Die Reichsregierung wird deshalb mit dem Reichstag das deutsch-nationale Ansehen zurück, und es schien so, als sei sie entlassen, den einseitigen Willen zu gehen und den Reichstag sofort vor die Frage zu stellen, ob er die von ihr eingeschlagene Politik grundsätzlich billige oder nicht.

Das Gebot der Stunde ist die Klare und einfache Tat. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Sachverständigenaufsätze als Grundlage anzunehmen, sie muß ausbarren und weiter den Mut zur Verantwortung dieser Politik auf vor dem neuen Reichstag haben, selbst ihren eigenen Parteien gegenüber. Besteht in den Reihen der Volkspartei das Bedürfnis, sich von einer Mittelpartei zu einer Reichspartei zu entwickeln, so mag sie das in Gottes Namen tun, aber nur Mitarbeit muß geschaffen werden. Es geht auf die Dauer nicht an, daß hervorragende Mitglieder der Volkspartei im Wahlsampf und jetzt eine Politik im Reichstag der Deutschnationalen treiben, während der volksparteiliche Führer und Außenminister an der Spitze der Mitte steht. Entweder — oder.

Da war die zweite Komplikation der Lage, und zwar durch die Volkspartei, die in ihrer Reichstagsfraktion beschloß, den Ausschluß nach rechts zurückzuführen, anstatt die Deutschnationalen vor die Entscheidung zu stellen, den Weg zur Mitte zu finden. Diese Haltung der volksparteilichen Reichstagsfraktion war um so bedauerlicher, als damit die Stellung der Regierung, in der ja die Volkspartei ausnahmslos vertreten ist, geschwächt werden mußte. Die Deutsch-

Je häufiger die parteipolitische Verwirrung der Lage wird, um so zwingender wird die Pflicht der Regierung, an der einfachen und geraden Linie festzuhalten, die für sie annehmbar ist. Es ist nicht Aufgabe der Regierung, den Parteien auf allen möglichen und unmöglichen Seiten- und Irwegen zu folgen, sondern sie an einer klaren Politik zu zwingen. Die Regierung wird Siegerin sein, die den Mut zur offenen parlamentarischen Entscheidungswahnsucht hat. Die Regierung, die unentschieden inmitten des Wirrwarrs der Parteien hin und her pendelt, wird sich binnen kürzester Zeit in der Innenpolitik und in der Außenpolitik vor einem Trümmerfeld sehen.

Der offizielle Bericht

v. Berlin, 24. Mai. Auf Einladung der Deutschen Volkspartei traten heute im Reichstag die Parteiführer des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zu einer ersten Besprechung zusammen. Die Verhandlungen fanden diesmal im Sitzungszimmer der Deutschen Volkspartei unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Scholz statt.

Personliche Fragen wurden in der Erörterung nicht berührt. Die Verhandlungen dauerten bis 12,15 Uhr und wurden dann durch eine kurze Pause unterbrochen. Die Besprechungen herrschte die Ansicht vor, daß die Verhandlungen nicht ausbleiben sollten. Von den Mittelparteien wurde der Anknüpfungspunkt die Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems betrachtet und auf diesem Fundament weitergearbeitet werden mußte. Hierbei handelt es sich vor allem darum, die Widersprüche und Unklarheiten des Entwurfs aufzuklären. Nach der Pause nahm auch der Abg. Dergt an den Verhandlungen wieder teil, die um 2 Uhr abgeschlossen wurden.

Danach wurde von den verhandelnden Parteien ein Bericht ausgegeben, der folgendermaßen lautet: „Es fand eine eingehende Besprechung über die tatsächlichen Grundlagen einer gemeinsamen Regierungsbildung statt. Die Personenfrage wurde offen gelassen. Den Besprechungen lag eine von der Deutschen Volkspartei herübergebrachte, mit andern Parteien besprochene Ausarbeitung zugrunde. Die Verhandlungen wurden allgemein als vertraulich bezeichnet; insbesondere verpflichteten sich die Teilnehmer, die erwähnte Ausarbeitung einseitig nicht zu veröffentlichen. Die Verhandlungen werden Sonntag abend vormittags 10 Uhr im gleichen Kreise fortgesetzt.“

Wie in den Wandelgängen des Reichstages verlautete, ist neuerdings wieder von einer Reichskanzlerkandidatur des Herrn Dergt die Rede.

Advertisement text on the left margin, partially cut off.

Advertisement text on the right margin, partially cut off.